

Bewußtsein und seinem veränderten Bild vom Menschen entspricht. Nicht die Form der Demokratie ist mehr das Entscheidende, sondern ihr Sinn und ihr Inhalt<sup>107</sup>.

So sehr jedoch die durch den Schock von 1933 ausgelösten Erneuerungstendenzen die – wie das Dokument der „Sozialistischen Front“ betont – allgemeine Auffassung der Illegalen von 1936 zu rechtfertigen scheinen, „daß im Jahre 1933 ein langes und wichtiges Kapitel der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung seinen Abschluß gefunden“ habe<sup>108</sup> und daß von der Stunde des Untergangs der alten legalen Partei eine neue Epoche datiere, so wenig ist zu verkennen, daß das politische Bewußtsein einer großen Zahl von Menschen aus der alten sozialdemokratischen Millionenarmee auf der Stufe von 1933 stehen blieb. Viele, die, ganz auf sich allein gestellt oder in kleinen isolierten Zirkeln von der Umwelt abgekapselt, ihrer alten Partei in „passiver Treue“<sup>109</sup> anhängen und aus ihrer Tradition seelische Kraft schöpften, wurden von der ideologischen Wandlung, die sich in den Kreisen des aktiven Widerstandes, in den Diskussionsgruppen der Konzentrationslager und in der Emigration anbahnte, kaum berührt. In der Stunde der Wiedergeburt waren diese Treuen, darunter Funktionäre aller Grade und viele einfache Menschen, die in Reih und Glied gestanden hatten, wieder da; für sie aber war die neuerstehende Partei die alte. Aus dem inneren Exil kehrten sie in die Heimat zurück. Damit meldete schon in der ersten Stunde der neuen Partei auch der Geist der Tradition und der Restauration seinen Anspruch an, für den die Ereignisse des Jahres 1933 noch immer eine Naturkatastrophe bedeuteten, der die alte Sozialdemokratie ohne eigenes Verschulden erlegen war.

#### KARL O. PAETEL

#### ZUM PROBLEM EINER DEUTSCHEN EXILREGIERUNG

*Vorbemerkung des Herausgebers:* Der Verfasser war vor seiner Auswanderung nach den Vereinigten Staaten Herausgeber der nationalrevolutionären Monatsschrift „Die Sozialistische Nation“. Als solcher gehörte er, wie er uns schreibt, zu den Unterzeichnern des ersten Aufrufs des „Council for a Democratic Germany“, über dessen innere Geschichte er uns im folgenden interessante Aufschlüsse gibt. Ohne Mitglied des Council gewesen zu sein, hat er doch an dessen Arbeitsgemeinschaften teilgenommen und so Gelegenheit gehabt, nicht nur alle maßgeblichen Personen, sondern auch die hinter den Kulissen vor sich gehenden „Ausbalancierungen“ aus nächster Nähe zu beobachten. Das Material, auf das er Bezug nimmt, ist in Deutschland größtenteils unbekannt. Aus Raumgründen konnte es hier nur in begrenztem Maße ausgewertet werden; auch ist auf die Einordnung der ganzen Frage in die amerikanische Außenpolitik bewußt verzichtet worden.

H.R.

<sup>107</sup> Matthias a. a. O., S. 241–256.

<sup>108</sup> Dok. 5, S. 209.

<sup>109</sup> A. a. O., S. 209, S. 215 f.

Warum hat die politische Emigration Deutschlands, das unter der Herrschaft des Nationalsozialismus doch auch einem besetzten Lande glich, in keinem ihrer Gastländer eine Gegenregierung ausgerufen, wie es den von Hitler militärisch überannten Ländern Europas gelang? Diese bildeten in den Hauptstädten der westlichen Welt Regierungen im Exil, die immerhin einen nicht unerheblichen politischen Einfluß und zum Teil auch einen wirksamen Beitrag zur Kriegführung geleistet haben. Eine anerkannte deutsche Exilvertretung aber hat es nie gegeben.

Gewiß hat es an Versuchen nicht gefehlt, eine solche zu bilden. Otto Straßer hat dahingehende Pläne verfolgt, Hermann Rauschnig in Paris und London entsprechende Vorschläge gemacht. Die Alliierten haben ihnen – und einigen anderen – die kalte Schulter gezeigt: niemand in Europa hatte ein Interesse an einer deutschen Exilregierung. Als schließlich führende deutsche Exilpolitiker in den USA Asyl fanden, schien eine offizielle Anerkennung des „anderen Deutschland“ durch die kriegführenden Mächte ferner denn je.

Ob völkerrechtliche Bedenken dabei eine Rolle gespielt haben, ist schwer feststellbar. Im allgemeinen ist, wie eine vor einiger Zeit in Deutschland erschienene Untersuchung betont, „eine Regierung im Exil dann illegitim, wenn sie außerhalb der Grenzen ihres Landes erst gebildet worden ist oder in materieller Hinsicht nicht mit der letzten im Heimatstaate amtierenden völkerrechtlich anerkannten Regierung übereinstimmt; sie wird im internationalen Bereiche erst mit ihrer Anerkennung durch die Mächte bedeutsam“<sup>1</sup>.

Daß fast alle Ansätze zu gemeinsamem Auftreten der im Exil lebenden antinationalsozialistischen deutschen Politiker und Gruppen zum Scheitern verurteilt schienen – bis weit in die Zeit des Zweiten Weltkrieges hinein –, liegt vor allem daran, daß es „das“ deutsche Exil als ernstzunehmende politische Realität nicht gab. Den Hauptteil der deutschen politischen Emigration stellten die Angehörigen der Arbeiterbewegung: SPD, KPD und eine Reihe kleinerer Gruppen. Sie haben in Richtungskämpfen untereinander in den ersten Jahren so viel Kraft verbraucht, daß es zu Überlegungen, ob man auch „bürgerliche“ Hitlergegner als politische Partner akzeptieren könnte, kaum kam<sup>2</sup>.

Im Grunde hat allein der eigenwillige kommunistische Pressegewaltige Willi Münzenberg, zunächst von parteitaktischen Motiven bestimmt, kurz vor Kriegsausbruch in Paris ernsthafte Kontakte ausgebaut, um auch mit Nichtsozialisten zusammenzuarbeiten, die Vorspanndienste für die KP ablehnten. Es war in mehr als einer Hinsicht zu spät. Das Mißtrauen, das die „Front“-Organisationen der KP hinterlassen hatten, war zu groß. Dann kam der Krieg, die Niederlage Frankreichs, die Internierung der meisten Emigranten und schließlich ihre Flucht nach England<sup>3</sup> und vor allem nach Amerika.

<sup>1</sup> Karl Heinz Mattern, *Die Exilregierung*, Tübingen 1953 S. 75 (Sperrung von mir).

<sup>2</sup> Wertvolles positives Material aus dieser Zeit bietet Erich Matthias, *Sozialdemokratie und Nation. Zur Ideengeschichte der sozialdemokratischen Emigration 1933–1938*, Stuttgart 1952.

<sup>3</sup> Über die Aktivität des deutschen Exils in London z. B. unterrichtet das „Wiener Library

Die deutschen politischen Emigranten in den USA fanden für ihre Betätigung dort eine von den europäischen Ländern vollständig verschiedene Situation vor<sup>4</sup>. Niemand, der nicht unter allen Umständen auf seinem besonderen Standpunkt beharren wollte, konnte sich der Einsicht verschließen, daß es nur eine Chance gab, im Gastland beim Kampf gegen Hitler ernstgenommen und vor allem bei Planungen für die Zeit nach dem Kriege gehört zu werden: nämlich wenn man endlich als eine Einheit auftrat.

Es hatte in Prag, Paris, London und anderswo mehr oder minder kurzlebige Arbeitsgemeinschaften der deutschen sozialistischen Gruppen, meist ohne, manchmal mit Kommunisten gegeben. Mit „bürgerlichen“ Hitlergegnern aber hatte man kaum Kontakt gehabt. In Paris waren die „Freundeskreise der Deutschen Volksfront“, die als Ergebnis einer Konferenz der „Deutschen Volksfront gegen Hitler“,<sup>5</sup> an der alle linken Gruppen teilnahmen, zum erstenmal auch „Bürgerliche“ eingeschlossen hatte, schon geraume Zeit vor Kriegsausbruch an inneren Schwierigkeiten gescheitert: die Kommunisten hatten sie in die Hand bekommen. In London bestand eine Union sozialistischer Gruppen relativ lange Zeit, jedoch ohne Kontakt mit Nichtsozialisten. In Stockholm war es ähnlich, wengleich man dort mit einer „bürgerlichen“ Emigranten-Intellektuellengruppe gelegentlich zusammenarbeitete. Die Begründung des „Nationalkomitees Freies Deutschland“<sup>6</sup> aus deutschen exilierten Kommunisten und gegen Hitler Stellung nehmenden deutschen Kriegsgefangenen in Rußland schuf eine neue Lage: Hier suchte einer der Alliierten – so mochte es scheinen – ernstlich Partnerschaft mit einem deutschen Forum von Hitlergegnern<sup>7</sup>.

In schnellem Nacheinander bildeten sich in England, Frankreich, Skandinavien, der Schweiz – vor allem auch in den lateinamerikanischen Staaten mit dem Hauptquartier in Mexiko – Parallelkomitees „Freier Deutscher“. Es war nur eine Frage der Zeit, daß die Exilkommunisten auch in den USA eine solche Gruppe ins Leben riefen; fast überall hatten sie prominente Sozialdemokraten, Gewerkschaftler, Wissenschaftler, Schriftsteller usw. dafür gewonnen. Da ergriffen in New York deutsche Nichtkommunisten die Initiative, um eine überparteiliche Vertretung des deutschen Exils zu bilden, unter Einschluß der Kommunisten, deren Einfluß sie jedoch durch

---

Bulletin/London“ in drei Fortsetzungen einer Darstellung „Political Literature of London Exiles“, Mai-August 1953, September-Dezember 1953 und Januar-April 1954.

<sup>4</sup> Vgl. Karl O. Paetel, Deutsche im Exil. Randbemerkungen zur Geschichte der politischen Emigration, in: Außenpolitik 6 (1955), S. 572 ff.

<sup>5</sup> Vgl. Willi Münzenberg, Aufgaben einer deutschen Volksfront, Paris 1937, Sondernummer der Mitteilungen der Deutschen Freiheitsbibliothek.

<sup>6</sup> „Deutsche wohin?“ Protokolle der Gründungsversammlung des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ und des Deutschen Offizierbundes. Herausgeber Lateinamerikanisches Komitee der Freien Deutschen, Mexiko 1944.

<sup>7</sup> Vgl. Wolfgang Langhoff, Die Bewegung Freies Deutschland und ihre Ziele, Zürich 1945, und Alfred Kantorowicz, Free Germany in Moscow, in: Free World, New York 1944, VII, S. 153; dazu Helmuth Bohn, Die patriotische Karte in der sowjetischen Deutschlandpolitik (I), in: Ostprobleme 7 (1955), Nr. 38, S. 1446 ff.

sozialistische und bürgerliche Persönlichkeiten kompensierten. Man versuchte, Thomas Mann als Ehrenvorsitzenden zu gewinnen. Der Dichter fragte in Washington an, ob seine Beteiligung an einer solchen Körperschaft erwünscht sei. Als man ihm Zurückhaltung anriet, lehnte er ab. Mittelsleute traten ohne Auftrag an den ehemaligen Reichskanzler Dr. Brüning heran. Er erklärte, nur einem ausdrücklich an ihn gerichteten Vorschlag der Regierung der USA folgen zu wollen. Man verhandelte mit der „Sopade“, der rechten SP-Gruppe, die noch immer das Mandat des ehemaligen Parteivorstandes zu vertreten erklärte. Sie lehnte jede Zusammenarbeit mit Kommunisten ab. Deutschjüdische Intellektuelle endlich wollten sich mit Männern, die eine deutsche Kollektivschuld ablehnten, nicht an einen Tisch setzen. Die Beispiele ließen sich vermehren: „Die“ deutsche Emigration war auch diesmal keineswegs bereit, eine Einheit zu bilden!

Dennoch war das, was schließlich zustande kam, des Versuches wert und bot Chancen. Dabei kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Mehrheit der sich herauskristallisierenden deutschen „Exilvertretung“ in den USA etwas vom Moskauer „Nationalkomitee“ Abweichendes anstrebte. Sie wollte nämlich eine unabhängige Körperschaft sein, die „sich aus Personen zusammensetzt, die verschiedenen politischen Richtungen nahestehen, von den Liberalen und dem katholischen Zentrum, den Sozialdemokraten und unabhängigen Sozialisten bis zu den Kommunisten . . .“<sup>8</sup>

Im April 1944 wurde (zuerst vertraulich, später zur Publikation bestimmt) einem ausgewählten Kreis amerikanischer Journalisten, Professoren und Politiker eine Erklärung bekannter liberaler amerikanischer Intellektueller zugesandt, die sie aufforderte, sich öffentlich mit der Gründung eines aus deutschen Exilpolitikern bestehenden „Council for a Democratic Germany“ zu identifizieren. Federführend waren der bekannte protestantische Theologe Reinhold Niebuhr, Jay Schiffelin und die Journalistin Dorothy Thompson. Ferner hatten etwa sechzig führende Persönlichkeiten des amerikanischen öffentlichen Lebens (darunter Rabbi Jonah W. Wise, Roger N. Baldwin, Prof. John Dewey, Dr. Harry Fosdick, Dean Christian Gauss, Louis P. Lochner, James A. Wechsler) die Erklärung unterzeichnet<sup>9</sup>. Dem empfehlenden „statement“ der Amerikaner lag eine Grundsatzklärung exilierter deutscher Politiker, Schriftsteller und Erzieher bei, die von einem „Organizing Committee“ und ungefähr hundert anderen relativ bekannten deutschen Emigranten unterschrieben war. Von Kommunisten bis zu unpolitischen Akademikern, von Lyrikern bis zu ehemaligen sozialdemokratischen Abgeordneten, von Katholiken und Bekenntniskirchlern bis zu notorischen Freidenkern hatte sich somit doch ein recht weit angelegter Rahmen gebildet.

<sup>8</sup> Aus „An die Redaktion der ‚Neuen Volkszeitung‘“, New York, 18. Januar 1945, vervielfältigtes Manuskript der „American Association for a Democratic Germany“ (3 S.).

<sup>9</sup> „Preliminary Material of the Council for a Democratic Germany“, April 1944, vervielfältigtes Manuskript, 9 S., bestehend aus dem Anschreiben der amerikanischen „sponsors“, ihrer Erklärung, den Unterschriften (3 S.) und der „Declaration“ des Council mit 2 Seiten Unterschriften.

Der „Council for a Democratic Germany“ hatte es nach seinen langen, mühseligen und enttäuschungsreichen Vorarbeiten fertiggebracht, einerseits aus dem Reservoir des Exils eine relativ überparteiliche Gefolgschaft zu sammeln, andererseits einen nicht kleinen Prozentsatz der amerikanischen Intellektuellen als „sponsors“ zu gewinnen. Diejenige Gruppe, die im amerikanischen Sektor viele Klippen umschiffen half, war die Vereinigung „American Friends of German Freedom“, der Reinhold Niebuhr mit dem Gewicht seines Namens als Vorsitzender angehörte. Die dynamische Kraft im Council war Paul Hagen, der Führer der deutschen sozialistischen „Neubeginnen“-Gruppe, gleichzeitig Research-Director der „American Friends of German Freedom“.

Der Council war nicht als eine überparteiliche Zusammenfassung aller in den Vereinigten Staaten bzw. in New York lebenden Anti-Nationalsozialisten gedacht, noch weniger als Dachorganisation bestehender Gruppen und Zirkel der politischen Emigration. Er wollte vielmehr bewußt etwas Neues sein, nämlich die Repräsentanz des deutschen Volkes überhaupt, das in Deutschland selbst zum Schweigen verurteilt war. Wenn so schließlich aus eigener Machtvollkommenheit die ca. zwanzig Mitglieder des vorbereitenden Ausschusses ihn als Schattenkabinett des „anderen Deutschland“ konstituierten und aus dem Kreise der Mitunterzeichner der Gründungserklärung nur von Fall zu Fall Fachleute in bestimmte Arbeitsgemeinschaften aufnahmen, so war das ein klares Zeichen dafür, daß mindestens Teile des Council – wenn auch vielleicht erst für eine spätere Phase der Entwicklung – durchaus mit dem Gedanken einer „Gegenregierung“ spielten, die natürlich dann selbst in einer vorläufigen Form mehr den Charakter eines „inoffiziellen Kabinetts“ als den einer Emigranten-Massen-Organisation haben mußte.

Der vorläufige Vorsitzende des Council, Prof. Paul Tillich, hat bei einer Zusammenkunft der New Yorker Unterzeichner der Erklärung des „Council for a Democratic Germany“ am 17. Juni 1944 keinen Zweifel über die beabsichtigte Struktur gelassen, wenn er nachdrücklich feststellte<sup>10</sup>: „Der Council repräsentiert eine umfassende und zugleich eine balancierte Front. Persönlichkeiten aller politischen Richtungen, die sich von jeder Verbindung mit dem Nationalsozialismus freigehalten haben und bereit waren, unsere Erklärung zu unterschreiben, sind in dem Council vereinigt und haben nun schon seit Monaten ohne wesentliche Reibungen zusammengearbeitet. Die Front ist umfassend und sie ist balanciert. Wir haben mit größter Sorgfalt darauf geachtet, daß sogenannte Bürgerliche, Persönlichkeiten, die dem Zentrum, der Sozialdemokratie, der Neubeginnengruppe, dem Kommunismus nahestanden, sowie Parteilose in angemessener Proportion im Council vertreten sind. Diese Balance war, neben persönlicher Eignung, maßgeblich für die Auswahl der Mitglieder. Sie ist unsere Grundstruktur; mit ihr steht und fällt der Kreis. Manche Persönlichkeiten, die wir an und für sich gern bei uns gehabt hätten, konnten wir nicht auffordern, weil ihr Eintritt die Balance verschoben hätte. Wir

<sup>10</sup> Rede des Chairman Paul Tillich, Zusammenkunft der New Yorker Unterzeichner der Deklaration des „Council for a Democratic Germany“, 17. Juni 1944; Manuskript, vervielfältigt, 5 1/2 S.

bedauern diese Verluste und hoffen, uns der Mitarbeit solcher Freunde in anderer Form versichern zu können. Aber wir mußten die Balance jeder andern Erwägung überordnen. Und daran muß festgehalten werden, wenn der Council seine politische Bedeutung behalten soll. Wir müssen uns darüber klar sein, daß der Council nicht ein Spiegelbild der deutschen Emigration in Amerika geben soll – dann würde die Balance ganz anders aussehen –, sondern daß er die zu erwartenden Kräfte eines demokratischen Wiederaufbaus in Deutschland abbilden soll: und darum muß die Zusammensetzung des Council sein, wie sie ist.“<sup>11</sup>

Man trat also dem „Council for a Democratic Germany“ nicht bei, sondern wurde – stellvertretend für eine oder mannigfache Tendenzen des „anderen Deutschland“ – in ihn berufen. Das unterschied ihn vom „Nationalkomitee Freies Deutschland“ in der UdSSR, bzw. seinen lateinamerikanischen und europäischen Ablegern und machte ihn auf der einen Seite – nämlich mit Hinblick auf seine Legitimation – „demokratisch“, auf der andern – nämlich in der Arbeitsweise – „avantgardistisch“, wenn man so sagen will.

In dem Appell des Council hieß es u. a.: „Die Unterzeichner der folgenden Erklärung sind sich bewußt, daß sie keinen formellen Auftrag vom deutschen Volk erhalten haben. Sie meinen aber, in ihrer Zusammensetzung Kräfte und Tendenzen zu verkörpern, die für den Aufbau eines neuen Deutschlands im Rahmen Europas und der Welt unentbehrlich sein werden. Sie fühlen sich darum verpflichtet . . . in

<sup>11</sup> Das „Organizing Committee des Council for a Democratic Germany“ bestand im Augenblick seines öffentlichen Auftretens aus den folgenden Persönlichkeiten: Vorläufiger Vorsitzender war Prof. Paul Tillich, früherer deutscher Religiöser Sozialist, Lehrer am „Union Theological Seminary“, New York. Mitglieder waren: S. Aufhäuser, früherer sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter und Präsident der deutschen Angestellten-Gewerkschaften (zeitweise „Arbeitskreis Revolutionärer Sozialisten“); Dr. Horst W. Bärensprung (SPD), früherer Polizeipräsident von Magdeburg; Prof. Friedrich Bärwald (Zentrum), früher im deutschen Arbeitsministerium, später Lehrer an der katholischen Fordham-Universität in den USA; Dr. Felix Bönheim, früherer Direktor des Berliner Hufeland-Krankenhauses; Bert Brecht, Autor der „Dreigroschenoper“, beide der KP nahestehend (oder angehörig?); Dr. Hermann Budziszewski, früherer Schriftleiter der „Neuen Weltbühne“ (der KP nahestehend, wenn nicht angehörig); Reverend Frederick J. Forell (Bekenntniskirche), früher Breslau, Pastor der II. Presbyterian Church, New York; Dr. Kurt Glaser (SPD), früher Stadtverordneter in Chemnitz; Albert C. Grzesinski (SPD), ehemaliger Preußischer Innenminister; Paul Hagen („Neubeginnen“); Dr. Paul Hertz (SPD), ehemaliger Reichstagsabgeordneter; Hans I. Hirschfeld (SPD), früherer preußischer Ministerialrat (beide „Neubeginnen“-Gruppe der SP); Joseph Kaskell, USA-Schriftleiter der „Deutschen Blätter“, Chile; Prof. Julius E. Lips, früher Köln, Direktor des Rautenstrauch-Jöst-Museums; Prof. Alfons A. Nehring, ehem. Würzburg, dann Fordham University; Dr. Otto Pfeiffenberger, früher Rechtsanwalt/Mannheim; Albert H. Schreiner, Schriftsteller (Führer der KPD-Fraktion); Jakob Walcher, Gewerkschaftler, Führer der SAP (Sozialistische Arbeiterpartei).

Als im „Bulletin of the Council for a Democratic Germany“, 1. September, 1944, I, 1, noch einmal die Mitglieder des Councils erwähnt wurden, hatten sich einige Änderungen vollzogen: Dr. Kaskell und Prof. Nehring waren ausgeschieden, dafür waren neu aufgenommen: Fritz Haussmann, Dr. jur. (Liberal), Reverend Erwin Müller, früher Hessen, jetzt Lutherische Kirche; Henry Müller, Redakteur (SAP); Maximilian Scheer, Schriftsteller (KP sympathisierend), Walter Victor, Schriftsteller (KP sympathisierend).

einer Zeit, in der das deutsche Volk nicht für sich selbst sprechen kann, ein Wort über die Zukunft Deutschlands zu sagen. Sie tun das in voller Unabhängigkeit, wie sie in den Vereinigten Staaten gewährleistet ist . . .

Es wäre verhängnisvoll für die Zukunft Europas, wenn Deutschland politisch und ökonomisch zerrissen würde. Das würde einen fruchtbaren Nährboden für pan-germanistische Bewegungen schaffen . . .

Für die Entwicklung Deutschlands zu einer vom Volk bejahten Demokratie ist es erforderlich, daß die militärischen und zivilen Repräsentanten der Vereinigten Nationen die künftigen Träger einer solchen Demokratie von vornherein gewähren lassen. . . . (Es) müssen alle diejenigen einbezogen werden, die dem Nationalsozialismus widerstanden haben, die Unbekannten der Untergrundbewegung, der Gestapogefängnisse und Konzentrationslager, Gewerkschaftler und Arbeiter aus der Arbeiterbewegung, die Widerstandskreise der Kirchen und Intellektuellen, des Mittelstandes in Stadt und Land und einzelne Persönlichkeiten, die zu keiner dieser Gruppen gehören. Auf sie muß sich die künftige deutsche Demokratie stützen. Mit ihrer Hilfe muß die Bildung einer unabhängigen Regierung vorbereitet, müssen Garantien der Rechtssicherheit und die Grundrechte der Deutschen ohne Verzug in Kraft gesetzt werden . . . Die Erziehung des deutschen Volkes zur Demokratie kann nur im Zusammenhang mit seinem geschichtlichen Erleben erfolgen. . . .

Gleichzeitig mit dieser Erziehung des deutschen Volkes durch das historische Geschehen muß die deutsche Jugend durch solche Deutsche erzogen werden, die den Sinn dieses Geschehens begriffen haben. Eine Erziehung durch Ausländer ist psychologisch unmöglich . . .

Es muß dem deutschen Volk die Möglichkeit gegeben werden, seine geistigen und kulturellen Kräfte in Freiheit zu entwickeln. Aufs nachdrücklichste muß betont werden, daß keine Erziehung einen Sinn hat, deren Ideale von den gesellschaftlichen Verhältnissen Lügen gestraft werden! . . .<sup>12</sup>

Heute erscheinen Formulierungen wie diese kaum außergewöhnlich. Als sie publiziert wurden, war jedoch gerade in Hunderten von Büchern, Broschüren und Artikeln im kriegführenden Ausland, auch in Amerika, als endgültige Lösung der „Deutschen Frage“ die kompromißlose Bestrafung des gesamten deutschen Volkes verlangt worden. Die Existenz einer deutschen Widerstandsbewegung wurde überhaupt geleugnet. Im Februar 1943 noch hatte sich Prof. Friedrich Wilhelm Foerster zum Sachwalter dieser Tendenzen gemacht, als er in einem Brief an Paul Hagen erklärte: „. . . Wer wie Sie . . . dafür wirkt, daß dieser Krieg durch eine europäische Föderation abgelöst werde (Föderation der Gangster mit der Polizei und den Opfern!), der ist nur konsequent, wenn er die gleichen Bedingungen für alle verlangt . . . Also ob Sie Ihr Ziel ‚soft peace‘ nennen oder anders, darauf kommt es nicht an, wohl aber darauf, daß Sie dem deutschen Volk die politische Vormundschaft ersparen wollen, die es dreimal verdient hat.“<sup>13</sup>

<sup>12</sup> „A Declaration of the Council for a Democratic Germany“, vervielfältigtes Manuskript, 6 S. Wir zitieren aus einer vervielfältigten deutschen Übersetzung, 4 S.

<sup>13</sup> F. W. Foerster am 10. Februar 1943 (NYC) an Paul Hagen. Als vervielfältigtes Manuskript

Entscheidend für das Gewicht, das der Council in der amerikanischen Öffentlichkeit, im Deutschamerikanertum und – indirekt – auch in bezug auf noch zögernde deutsche Exilierte von Rang darzustellen in der Lage war, mußte zunächst einmal die Pressereaktion auf die Gründungserklärung sein.<sup>14</sup> Diese Reaktion war ihrem Volumen nach breiter, als man erwartet, jedoch ihrem psychologischen Wert nach geringer, als man gehofft hatte. Die „New York Times“, die „New York Herald Tribune“, die „New York Post“ und „PM“ berichteten zuerst über die Gründung, ohne sich pro oder contra zu äußern. Die Provinzpresse veröffentlichte einen – oft mißverständlich gekürzten – Bericht der „Associated Press“ oder der INS („International News Service“), wo man die Gründung im übrigen „offizieller“ nahm (Überschriften hießen „Reich im Exil“, „New Cabinet“ oder ähnlich). Die Zustimmungen, die in nicht wenigen Zeitungen und Zeitschriften erschienen, kamen von Freunden des Council oder von deren Freunden – mit wenigen Ausnahmen. Die Ablehnungen und Angriffe hingegen kamen, selbst wenn sie in englischsprachigen Blättern erschienen, merkwürdigerweise fast durchweg von deutschen Emigranten: solchen, die die Plattform des Council im Sinne der Rex Stout-Gruppe<sup>15</sup> als „prodeutsch“ denunzierten, und solchen, die ihm aus militantem Antikommunismus attackierten, teilweise der „rechten“ deutschen SP oder den „Trotzkisten“ aller Schattierungen, (d. h. der intransigenten Linken) angehörten oder eine „Symbiose“ beider Tendenzen darstellten. Sie kamen ferner aus deutsch-jüdischen Gruppen. Nur wenige Stimmen lehnten aus eigenen Überlegungen heraus ab, wie auch nur wenige Außenstehende positiv Stellung genommen hatten. Was reagierte, waren Richtungen, die „objektive Presse“ verhielt sich abwartend. Neben der Zeitschrift „Common Sense“,<sup>16</sup> in der zusammen mit einem Leitartikel die Stellungnahmen einer größeren Anzahl amerikanischer Schriftsteller zur Position Rex Stouts und des Council veröffentlicht wurden, hat, soweit mir bekannt, nur eine einzige Zeitung,<sup>17</sup> um dem Leser die Möglichkeit eigener Urteilsbildung zu geben, damals ausführlich – auf einer ganzen Seite – Beiträge von Vansittartisten und Freunden des „anderen Deutschland“ einander gegenübergestellt.<sup>18</sup>

Die Angriffe waren scharf, meist unsachlich und oft unmittelbar gegen Einzelpersonen gerichtet, die dem Council angehörten. Relativ maßvoll waren noch Stellungnahmen wie die des „Christian Science Monitor“, der seinen Bericht in den Schlußsatz zusammenfaßte: „Die Unterzeichner der Erklärung halten es für ihre

(3 S.) zitiert. Eine Antwort Hagens vom 24. Februar 1943, NYC. 6 S., wurde zusammen mit seinem Brief Interessenten zugänglich gemacht.

<sup>14</sup> Council for a Democratic Germany, Presseausschuß: „Bericht über die Presseäußerungen zum ‚Council for a Democratic Germany‘“. Vorgelegt von Karl O. Paetel. Juli 1944, 22 S.

<sup>15</sup> Eine kleine Anzahl von Zeitungen publizierte zur gleichen Zeit eine Gegenerklärung der auf dem Boden der Vansittart-Schriften stehenden „Society for the Prevention of World War III“.

<sup>16</sup> „Common Sense“, New York, Juni 1944.

<sup>17</sup> „St. Louis Star“, 18. Mai 1944.

<sup>18</sup> Die „Chicago Tribune“ stellte zwar auch „pro“ und „contra“ Stimmen gegenüber, aber so „sensationell“ aufgemacht, daß kein wirklicher Eindruck möglich war; 26. Mai 1944.

Pflicht, für das deutsche Volk zu sprechen. Wir meinen, ihre Pflicht wäre, zur Zeit, die Entscheidungen der siegreichen Vereinten Nationen über die Zukunft Deutschlands abzuwarten.<sup>19</sup> Schärfer schon formulierte der Autor des „Berlin Diary“, William Shirer, in der „New York Herald Tribune“<sup>20</sup> seinen Standpunkt: „Kein Wort des Bedauerns gibt es bei diesen Deutschen über die Verbrechen, die Deutschland gegenüber den besetzten Ländern verübt hat, noch ein Wort über Wiedergutmachung dieser Verbrechen. Das Hauptargument war, daß das deutsche Volk einen Frieden erhalten sollte, der konstruktiv ist und ihm Hoffnung für die Zukunft gibt, was in andern Worten einen ‚soft peace‘ bedeutet, der wieder einmal den Deutschen die Folgen des Krieges, den sie begannen, ersparen würde.“ Den „vansittartistischen“ Vorwürfen, hier werde „prodeutsche Propaganda“ getrieben, schlossen sich jüdische Publikationen teilweise an. Der New Yorker „Aufbau“ – der zuerst sachlich berichtet hatte, ließ in der Folge u. a. Walter Mehring,<sup>21</sup> Erika Mann<sup>22</sup> und Emil Ludwig<sup>23</sup> zu Wort kommen, die den Council sehr scharf angriffen.

So versuchte Dr. Max Beer im „Jewish Way“<sup>24</sup> unter der Überschrift „Geheimbericht an Goebbels“ in einem langen Artikel den Eindruck zu erwecken, daß die Politik des Council – vielleicht ungewollt, aber wie bestellt – den Zwecken der Hitler-Propaganda für die „Rettung des deutschen Volkes“ diene. Es heißt dort über das Programm des Council in Gestalt eines an Goebbels gerichteten Agentenberichts: „Sie werden zugeben, sehr verehrter Herr Reichsminister, daß wir über diesen vortrefflichen Thesen gewisse Zugeständnisse, die jene Herren der Emigration natürlich machen müssen, gerne übersehen können, Zugeständnisse, die für den Fall der Niederlage nur selbstverständlich sind.“ Und zum Schluß stellt Dr. Beer, wieder den „NS-Agenten“ sprechen lassend, fest: „So können wir uns zu dem Aufruf nur beglückwünschen. Der Gewinn ist 100prozentig für uns!“ Sowohl die Rechtssozialisten wie die „Ultralinken“ haben, wenn auch wissentlich politisch argumentierend, zum großen Teil eindeutig ihrer Ablehnung dieses Artikels Ausdruck gegeben.

Lag der Akzent der vansittartistischen und jüdischen Angriffe gegen den „Council“ auf dem Vorwurf des „Pangermanismus“, so griff man ihn sowohl von seiten der

<sup>19</sup> „Christian Science Monitor“, Boston, 6. Mai 1944.

<sup>20</sup> „New York Herald Tribune“, 2. Juli 1944.

<sup>21</sup> Walter Mehring („Aufbau“, 19. Mai 1944): „... Wie unsinnig ist es, am New Yorker Broadway Proklamationen zu erlassen, um das ‚deutsche Volk‘ zu retten... Wie billig ist es – und wie einträglich –, Kriminalshmöcker mit Sherlock Holmes der deutschen Untergrundbewegung und Memoiren zu erfinden...“

<sup>22</sup> Erika Mann („Aufbau“, 12. Mai 1944): „Das Manifest, das der Council kürzlich unter die Leute gebracht hat, ist eine mit antifaschistischen und sozialistischen Schlagworten verbrämte Liste von deutschen Forderungen...“

<sup>23</sup> Emil Ludwig („Aufbau“, 16. Juni 1944): „Leider gibt es... noch immer einige Refugees, die mehr Deutsche als Juden sind und von der Größe ihres sogenannten Vaterlandes träumen... Entehrt und vertrieben möchten sie dennoch dorthin zurückkehren... Sie haben es fertiggebracht, einem ‚Council for a Democratic Germany‘ beizutreten, und sich darin ausdrücklich zu ihrem Deutschtum bekannt. Einer von ihnen erklärte, man müßte jetzt seinen Blick dem alten Vaterlande zuwenden. Ich wende den meinen mit Grausen davon ab.“

<sup>24</sup> „The Jewish Way“, New York, 21. Mai 1944.

„rechten“ Sozialdemokratie wie der ultralinken, jetzt entschieden antistalinistischen Ex-Kommunisten wegen seiner Zusammenarbeit mit KP-Leuten als „pro-kommunistisch“ scharf an. Sprachrohr dieser Kampagne war einerseits „The Network“, das Blatt der ehemaligen kommunistischen Führerin Ruth Fischer, die seit langer Zeit „von links her“ den Stalinismus attackierte, andererseits das deutschamerikanische Wochenblatt „Neue Volkszeitung“, das zusammen mit Resten deutschsprachiger Gruppen der amerikanischen Sozialisten die Parteivorstandsgruppe der deutschen SP mit Friedrich Stampfer vertrat. Ruth Fischer und Friedrich Stampfer trafen sich dabei in der gemeinsamen Abneigung gegen Paul Hagen, den beide für einen den Kommunisten Hilfestellung leistenden Abenteuerer hielten oder doch zu halten vorgaben. Man kann wohl, ohne ungerecht zu sein, eine Erklärung, die Ruth Fischers Freunde bei einer der größeren Zusammenkünfte des Council auf der Straße verteilten, sowohl für die „Network“-Leute wie für die „Volkszeitungs“-Gruppe als typisch ansehen: „Die Gleichschaltung der politischen Flüchtlinge aus Nazideutschland in den politischen Apparat der Stalinisten macht Fortschritte. . . . Kürzlich gelang es den professionellen Agenten des stalinistischen Apparats, auch in New York so etwas wie ein Freideutsches Komitee unter dem Decknamen ‚Council for a Democratic Germany‘ zustande zu bringen. Eine buntscheckige Gesellschaft – Professoren, Dichter, sozialdemokratische Ex-Polizeipräsidenten, Journalisten, Theologen – setzte sich mit den GPU-Leuten an einen Tisch.“<sup>25</sup> Konkretisiert wurde die Stellungnahme der „rechten“ Sozialdemokratie zum Council (und damit auch gegenüber den eigenen Parteigenossen, die sich an seiner Arbeit beteiligten) in einem „Offenen Brief“, den Gerhart Seeger und Rudolf Katz in der „Neuen Volkszeitung“ an die Nachfolgeorganisation der „American Friends of German Freedom“, die „American Association for a Democratic Germany“, richteten.<sup>26</sup> In ihm wurde der Association u. a. vorgeworfen, daß ihre Mitglieder nicht gewußt hätten, was sie taten, als sie eine „Einheitsfrontorganisation“ mit Kommunisten unterstützten, die praktisch von ihnen beherrscht werde (Sekretär sei ein KP-Mann!); daß der Council „antidemokratisch“ sei; daß er die Sowjetpolitik hinsichtlich einer Abtrennung deutscher Gebiete im Osten befürworte; daß er im übrigen die Teilnahme von Kommunisten an seiner Arbeit ableugne und daß in Paul Hagen – der unter mannigfachen Namen auftrete – ein absolut vertrauensunwürdiger Verbindungsmann zwischen Council und Association eingesetzt sei.<sup>27</sup> Die Association hat in einer langen Erklärung jeden einzelnen dieser Vorwürfe zu widerlegen unternommen.<sup>28</sup>

<sup>25</sup> „Öffentliche Erklärung“, von Ruth Fischer, ohne Datum, 1944.

<sup>26</sup> „Neue Volkszeitung“, New York, 6. Januar 1945.

<sup>27</sup> Reinhold Niebuhr, Chairman der „Friends“, in einem Rundschreiben an die Mitglieder: „. . . Die ‚American Friends of German Freedom‘ beschlossen, ihre Sonderexistenz aufzugeben und ihre Kräfte der neu gebildeten ‚Association for a Democratic Germany‘ zur Verfügung zu stellen . . .“ (14. Sept. 1944.)

<sup>28</sup> „An die Redaktion der ‚Neuen Volkszeitung‘, New York City“. Auf englisch wurde dem „New Leader“, wo der „Offene Brief“ auch erschienen war (6. Januar 1945), die gleiche Antwort zugeleitet. Sie war – zumindest im deutschen Text – von sehr prominenten amerikanischen Liberalen, Sozialisten, Gewerkschaftlern usw. unterzeichnet. Der uns vorliegende englische Wortlaut ist nur von 2 federführenden Personen gezeichnet.

Diese Abwehr war politisch von geringem Belang. Die Frage, ob eine deutsche Exilvertretung Kommunisten einschließen durfte, konnte nicht durch Argument oder Gegenargument, sondern allein durch praktische Erfahrung entschieden werden. Diejenigen Nichtkommunisten, welche die Zusammenarbeit mit KP-Leuten oder doch Persönlichkeiten befürworteten, die der Logik des kommunistischen Standpunkts bis zu gewissem Grad verfielen, waren der Meinung, man müsse es riskieren.

Für einige Zeit beschränkte sich die Aktivität des Council – nicht zu seinem Nachteil – auf die Innenarbeit. War es auch nicht gelungen, von der gesamten deutschen Emigration als Repräsentanz anerkannt zu werden, ja hatte selbst innerhalb des im eigentlichen Sinne „politischen Exils“<sup>29</sup> eine starke Gruppe ihm das Recht bestritten, stellvertretend für sie zu sprechen, so zählte doch der von ihm direkt oder indirekt erfaßte Ausschnitt der deutschen antinationalsozialistischen Opposition in den USA Namen von Klang zu seinen Anhängern. Hatte man auch nicht die amerikanische öffentliche Meinung im Sturm genommen, noch erreicht, daß offizielle Stellen sich für den Council interessierten, so waren doch wichtige Leute des amerikanischen Liberalismus öffentlich rückhaltlos für ihn eingetreten.<sup>30</sup> War man jetzt bereit, sich mehr auf sachlich-programmatische Vorarbeiten für bevorstehende Entwicklungen in Deutschland als auf Propaganda in Gestalt von Aufrufen umzustellen, so konnte man ohne Zweifel Nützliches leisten und vielleicht auch noch Zugang zu amerikanischen Regierungsstellen gewinnen.<sup>31</sup> Was in den Arbeitsgemeinschaften erarbeitet wurde, erscheint heute teilweise illusionär, realitätsfremd und naiv. Es enthält jedoch – nicht unähnlich manchen Aufzeichnungen aus der innerdeutschen Illegalität – echte Ansätze ehrlichen „Neuanfangs“ in mehr als einer Hinsicht.<sup>32</sup> Solange es sich um theoretische Ausarbeitungen für die Zukunft handelte, haben – vor allem dank den unermüdlichen Bemühungen Prof. Tillich's um Ausgleich – kaum wesentliche Meinungsverschiedenheiten die Arbeit gehemmt. Auch die beigetretenen KP-Leute arbeiteten loyal mit.<sup>33</sup>

<sup>29</sup> Man unterscheidet „Emigration“: die „unfreiwillige Auswanderung von einzelnen oder von Gruppen in ein fremdes Land“, und „Exil“: die „strafweise Ausstoßung eines namentlich genannten Individuums aus dem Staat“. (Helge Pross, *Die deutsche akademische Emigration nach den Vereinigten Staaten 1933–1941*, Berlin 1955.)

<sup>30</sup> Etwa Dorothy Thompson in der „New York Post“ vom 20. Mai: „Nun, und wenn es nur zehn Deutsche mit einer einwandfreien Vergangenheit gibt, die mit uns in einem solchen Programm eins sind, – dann wollen wir diese zehn Deutschen akzeptieren. Anzunehmen, daß es überhaupt keine Deutschen gibt, denen man trauen kann, hieße politisch die völlige Niederlage zugestehen.“

<sup>31</sup> Der „Council“ hat – zum Unterschied vom „Nationalkomitee“ – nie auch nur die geringste finanzielle oder moralische Unterstützung einer gegen Deutschland kriegführenden Regierung gehabt.

<sup>32</sup> Von den Einzelausarbeitungen der Arbeitsgruppen ist nur die über „The Reconstruction of the Trade Union Movement in Germany“ publiziert worden. Alle anderen Arbeiten (Erziehung, Wirtschaft, Staat, Presse usw.) blieben Entwürfe.

<sup>33</sup> Die „Denkschrift über den Wiederaufbau einer Gewerkschaftsbewegung in Deutschland“, beschlossen am 14. Juli 1944, 16 S., wurde z. B. dem Council gemeinsam vorgelegt von Friedrich Bärwald (Katholik), S. Aufhäuser (SPD), Paul Hagen (Neubeginnen), Albert H. Schreiner (KPD) und Jakob Walcher (SAP).

Die relative Harmonie wurde zum erstenmal ernsthaft gestört, als Anfang 1945 die Ergebnisse der Konferenz in Jalta bekannt wurden. Der Council konnte einer Meinungsäußerung nicht ausweichen. Es zeigte sich, daß sich keine gemeinsame Front bilden ließ: ein Teil der Mitglieder stimmte den Beschlüssen über Deutschlands künftiges Schicksal zu, ein anderer nahm Stellung dagegen. Bereits am 22. Januar hatte Tillich an die Mitglieder des Presseausschusses des Council und einige andere dazu geladene Council-Mitglieder einen Eilbrief gesandt, der sie bat, am Telefon, Radio etc. die Resultate der Konferenz zu hören und kurz danach zu gemeinsamer Vorbereitung einer Erklärung zusammenzutreten.<sup>34</sup> Der Chairman des Council war sich jedoch schon zu diesem Zeitpunkt darüber klar, daß eine gemeinsame Erklärung unmöglich sei, und hatte sechs Mitglieder aufgefordert, jeweils eigene Stellungnahmen vorzubereiten – die nebeneinander erscheinen würden. Nr. 4 des „Bulletin“ vom Februar 1945 enthielt – neben einer im Grunde nichtssagenden Einleitung Tillichs, die sie auf einen Nenner zu bringen versuchte – sechs verschiedene Stellungnahmen zur Krim-Konferenz. Das Ergebnis war katastrophal. Es wurde klar, daß der Council keine gemeinsame Plattform mehr darstellte, da seine „Richtungen“ jede für sich Erklärungen abgaben und niemand mehr sagen konnte, worin etwa Hagen und Schreiner noch übereinstimmten.<sup>35</sup>

Wider alles Erwarten überstand jedoch der Council organisatorisch die Krise. Man nahm den Prestigeverlust in Kauf, den diese Divergenz der Äußerungen bei vielen Freunden zur Folge hatte, blieb zusammen und arbeitete weiter. Man publizierte auch weiter. Im April 1945 gab die Association einen Bericht über Oppositionsregungen innerhalb der deutschen Jugend heraus,<sup>36</sup> im August eine Broschüre, die über die deutschen Konzentrationslager 1933–1939 berichtete und mit Nachdruck darauf hinwies, daß zumeist Deutsche dort festgehalten worden seien.<sup>37</sup> Schon vorher hatte der Council ein Memorandum „Emergency Measures in Germany“ an Persönlichkeiten der amerikanischen Öffentlichkeit versandt.<sup>38</sup>

<sup>34</sup> Rundschreiben „Council for a Democratic Germany“ (Tillich), 22. 1. 1945.

<sup>35</sup> „Bulletin of the Council for a Democratic Germany“, I, 4. Februar 1945, 6 S. Vgl.: S. Aufhäuser: „... Der Council for a Democratic Germany hat in der Einigkeit der BIG THREE die Bestätigung für sein eigenes Programm gefunden. Als ein Sozialdemokrat...“; Albert H. Schreiner: „Ich betrachte die Entscheidungen der Krim-Konferenz als im Interesse des Deutschland liegend, das ich in Zukunft zu sehen wünsche“; – Paul Hagen: „... Wenn die Führer der Großmächte sich entschlossen haben, ihren Sicherheitsplan auf der Einführung eines halbkolonialen Status für Deutschland, auf unbestimmte Zeit, zu basieren, ... so können wir dem natürlich nicht zustimmen.“ Pastor Forell: „Eine zustimmende Antwort auf die jetzt erneut durch die Großen Drei und ihre Jalta-Konferenz gestellten Fragen ist die Voraussetzung für die Existenz unseres Council...“ – F. Haubmann: „Einzige Hoffnung blieb: ‚Es ist nicht unsere Absicht, das deutsche Volk zu vernichten‘.“

<sup>36</sup> „Some recent information on Anti-Nazi Developments among German Youth“, Spring 1945, 20 S. American Association for a Democratic Germany, New York.

<sup>37</sup> „They fought Hitler first. A report on the treatment of German Antinazis in concentration camps from 1933–1939“, 1945, 15 S. Am. Ass. f. a Dem. Germany.

<sup>38</sup> Memorandum: Emergency Measures in Germany, 7. April 1945, New York, Council for a Democratic Germany.

Tatsächlich aber bestand die Einheit des Council nur noch im Negativen, im Anti-Nationalsozialismus. Was man positiv wollte, wurde immer unklarer, nicht zuletzt deshalb, weil die Siegermächte für absehbare Zeit die politische Mitwirkung irgendeiner relativ selbständigen deutschen Repräsentanz, sei sie nun innerhalb oder außerhalb Deutschlands aus Hitlergegnern gebildet, offensichtlich nicht in Aussicht nahmen. Eine Funktion konnte der Council zwar noch erfüllen, sofern sich eine Möglichkeit ergab, in einer – inoffiziellen – beratenden Rolle zur „deutschen Frage“ gehört zu werden. Das schien keineswegs ausgeschlossen: ein Teil der „Deutschlandexperten“ in Washington war für Anregungen und Vorschläge, ja für Bedenken und Kritik durchaus empfänglich. Man konnte ihnen aber nicht gleichzeitig sechs verschiedene, einander widersprechende Stellungnahmen präsentieren!

Um auch nur eine beratende Rolle spielen zu können, wäre es notwendig gewesen, eine einheitliche Linie zu finden, einen selbständigen Standpunkt einzunehmen und konstruktive Vorschläge zu machen. Sinn und Aufgabe einer deutschen demokratischen Exilvertretung konnten auch nicht darin bestehen, in die begreifliche Empörung über die bekanntgewordenen Verbrechen in den deutschen Konzentrationslagern lediglich einzustimmen. Man mußte vielmehr immer wieder deutlich zu machen suchen, daß Hitler-System und deutsches Volk nicht einfach identisch waren, daß die gnadenlose, später (etwas inkorrekt) als „Morgenthau-Politik“ bezeichnete Konzeption der „tabula rasa“ jedenfalls eines kaum erreichen konnte: den Gedanken einer antitotalitären, demokratischen und sozial fortschrittlichen neuen Ordnung einem militärisch geschlagenen, zerbombten, hungernden und frierenden Volk zu einer Herzensangelegenheit zu machen!

Im Herbst 1945, in welchem offizielle, offiziöse und fraktionelle Sitzungen des Council dicht aufeinander folgten, ergab sich eine groteske Situation: die kommunistischen Mitglieder wiesen nicht etwa bürgerliche, „reaktionäre“ oder „reformistische“ Wirtschaftsvorstellungen ihrer Partner im Namen ihrer eigenen radikal-sozialistischen Weltanschauung zurück: Fragen dieser Art sind von ihnen nie aufgeworfen worden. Die Kommunisten übernahmen vielmehr mit der Forderung, die Beschlüsse von Teheran, Jalta und Potsdam zu akzeptieren, einfach die damalige Außenpolitik der Großen Drei bzw. Moskaus und verteidigten sie mit militanten Vorwürfen des „Pangermanismus“ gegen alle, die an den territorialen Bestimmungen, an der Ent-Industrialisierung, den Austreibungen der Volksdeutschen in Ost- und Südosteuropa auch nur leise Kritik übten. Unter den Kritikern aber befanden sich namhafte Mitglieder von Association und Council. Als die Kommunisten fast wörtlich jene Kritik der Rex-Stout-Leute übernahmen, die doch ursprünglich auch ihnen als Protektoren des „Nationalkomitees“ gegolten hatte, und sich öffentlich gegen den Rest-Council wandten, war der Bruch nicht mehr zu vermeiden. Wenn am 18. Oktober 1945 Paul Hagen mit einer langen grundsätzlichen Erklärung aus dem Council ausschied – und die meisten der nichtkommunistischen Mitglieder ihm folgten –, so bedeutete dies nur den Schlußstrich unter eine zwangsläufig gewordene Entwicklung.

Die Kommunisten hatten den Council weder begründet noch beherrscht. Sie konnten ihm jedoch im Zeichen der von Tillich verlangten „Balance“ lahmlegen und

arbeitsunfähig machen. Und eben dies taten sie. Sie traten nicht aus, und sie verlangten keine Ausschlüsse von Andersdenkenden. Sie verhinderten aber praktisch allgemeinverbindliche Beschlüsse. „In dieser Unsicherheit“, so stellte Hagen fest,<sup>39</sup> „war der moralische Druck der kommunistischen Minderheit ausschlaggebend und führte dazu, daß einige Council-Mitglieder schließlich bereit waren, die weitere Zusammenarbeit des Councils um den Preis des Schweigens zu erkaufen.“ Diese unmißverständliche Absage an eine solche Politik des tatsächlichen Verzichts auf eigene Stellungnahme (nachdem einmal die Großen Drei gesprochen hatten) wurde nicht leichten Herzens ausgesprochen. Denn es handelte sich um einen Protest, der sich keineswegs nur gegen russische oder kommunistische Forderungen, sondern sich gegen die – damals noch gemeinsame – Politik der drei Siegermächte richtete. Wenn es in der Erklärung an anderer Stelle heißt: „Es ist schlicht pervers, wenn verantwortungsvolle deutsche Antifaschisten im Ausland heute den derzeitigen Status, der ein Übergangstatus ist, selbst gegen Verbesserungen, die sich bereits in der Diskussion der Alliierten untereinander vorbereiten, mit einem Eifer verteidigen, den sie wohl im Lande selbst angesichts der tragischen Verhältnisse nicht aufbringen würden“, bedeutet dies eine eindeutige Warnung vor einer Haltung, die sowohl bei Hitlergegnern in Deutschland selbst wenig Verständnis finden, wie auch im Lager der Sieger sich bald als unzeitgemäß erweisen konnte.

„Unser Mandat“, so bemerkt Hagen endlich, „beruht auf der eigenen Verantwortung. Diese Verantwortung wird vertieft durch das . . . Privileg der freien Meinungsäußerung. Von diesem Privileg nicht Gebrauch zu machen, ist ein Verstoß gegen die Freiheit der Selbstbestimmung, für deren Wiedererlangung im Lande wir alle eintreten . . .“ Um „die Freiheit der Kritik wiederzugewinnen“, erklärte Hagen daher seinen Austritt aus dem Council. Obwohl niemals offiziell aufgelöst, ist die letzte gemeinsame Körperschaft des politischen Exils in den USA hinfort nicht wieder zusammengetreten.<sup>40</sup>

Daß in Prag, Paris, London usw. Ansätze einer zusammenfassenden Vertretung der deutschen Opposition stets in engen Grenzen blieben, hing u. a. damit zusammen, daß jede „Richtung“ infolge ihrer mindestens bis Kriegsausbruch möglichen Kontakte mit innerdeutschen Gesinnungsgenossen ihre Sonderprogramme eifersüchtig vor einer „Verwässerung“ zu hüten wünschte. Bis Kriegsbeginn war überdies vom Standpunkt der außerdeutschen Mächte nicht zu erwarten, daß sie deutschen Emigranten den auf eine „Gegenregierung“ hinzielenden Status gaben. In den USA lag nach ihrem Kriegseintritt eine andere Situation vor, und mit der Begründung des „Nationalkomitees“ änderte sich das Bild vollends. Jetzt bestand auch für eine sich im „Westen“ bildende deutsche Repräsentanz eine gewisse Chance, selbst wenn sie

<sup>39</sup> „Erklärung an die Mitglieder und Freunde des Council for a Democratic Germany“, Paul Hagen, 18. Oktober 1945, New York, 5 S. Unveröffentlichtes, vervielfältigtes Manuskript.

<sup>40</sup> Die „American Association“ setzte ihre Arbeit noch einige Zeit fort und publizierte z. B. 1946 Paul Hagens Schrift „Erobert, nicht befreit. Das deutsche Volk im ersten Besatzungsjahr“, 72 S. New York.

nur Teile des Exils erfassen konnte. Weshalb überlebte der Council das „Dritte Reich“ dennoch nur um Monate?

Im großen gesehen scheiterte der Council nicht nur am Fraktionskampf zwischen Kommunisten und Nichtkommunisten,<sup>41</sup> sondern vor allem, weil sein Anspruch, auch die Widerstandskräfte innerhalb des „Dritten Reiches“ zu vertreten, illusionär war. Der innerdeutsche Widerstand, weitgehend durch die nationalsozialistische Realität bedingt, benötigte weder noch suchte er die Vertretung durch eine Exilgruppe. Nicht nur der Ozean trennte Graf Stauffenberg von Paul Tillich, Carlo Mierendorff von Albert Schreiner, Generaloberst Beck von Paul Hagen; man lebte in verschiedenen Vorstellungswelten!

Das deutsche politische Exil hat bis zuletzt auf eine Volksrevolution gehofft. In Deutschland selbst aber war man seit Jahren zu der Überzeugung gekommen, daß nur mit Hilfe von Männern in Schlüsselpositionen des Regimes ein Umsturz möglich sein würde, daß die Armee oder doch Teile von ihr in die Gegenbewegung einbezogen werden müßten, kurz, daß ein Staatsstreich von oben, nicht eine Revolte von unten, die einzige Chance biete.<sup>42</sup>

Das Exil repräsentierte, sauber aufgeteilt, nebeneinander die rechten und linken Nichtnationalsozialisten in einer präsumptiven „Gegenvertretung“. Die innerdeutsche Widerstandsbewegung suchte, etwa im Kreisauer Kreis, die Synthese zwischen dem sozialistischen Konservativismus Moltkes mit dem aufgeschlossenen Sozialismus Lebers, suchte neue Wege, die „über Weimar hinaus“ führen könnten,<sup>43</sup> während dem Council letzten Endes die Wahlgeometrie Weimars zugrunde lag. Die Emissäre endlich, welche die Männer des 20. Juli, lange bevor es zum Attentat kam, ins Ausland senden konnten, haben bis auf Trott zu Solz, der in den USA solche Kontakte versuchte und von den Exilierten mit Mißtrauen behandelt wurde, nur mit Ausländern, nie mit Exilierten Verbindung genommen. Hier liegt von keiner Seite eine „Schuld“ vor. In gewisser Hinsicht freilich eine Tragik! Männer, die im Ausland mehr als ein Jahrzehnt lang sich zu Wortführern der deutschen Gegenkräfte gemacht hatten – nicht selten unter persönlichen Opfern und gegenüber Verleumdungen aller Art —, mußten am 20. Juli feststellen, daß der innerdeutsche Widerstand gehandelt hatte, ohne daß sie etwas damit zu tun hatten oder auch nur unterrichtet worden waren. Sozialisten wie Konservative fanden sich im Exil gleichermaßen außerhalb der Geschehnisse. Wen repräsentierte man also noch? Anscheinend nicht einmal die Toten des großen Mordens, das dem deutschen Auf-

<sup>41</sup> Bis zur Jalta-Konferenz haben übrigens die KP-Leute sich in den Kommissionen des Council bemüht, alle Gegensätze zu überbrücken. Manchmal versuchten sie, „sozialistisch-radikale“ Formulierungen sogar zu verharmlosen. Sie hatten offensichtlich den Befehl, „kurzzutreten“.

<sup>42</sup> Ich schließe mich in diese Kritik ein: In den „Deutschen Blättern“, Santiago de Chile, Oktober 1944, in dem „Versuch einer Analyse der Generalsrevolte“ unter der Überschrift „Staatsstreich oder Revolution“ habe ich selbst der Meinung Ausdruck gegeben, daß ein Staatsstreich falsch, die Volksrevolution anzustreben wäre. Ich habe zugelehrt.

<sup>43</sup> Vgl. Karl O. Paetel: „Revolutionäre und restaurative Tendenzen in der deutschen Widerstandsbewegung“, in: Die neue Gesellschaft 2 (1955), H. 4.

stand folgte. Die Tatsache, daß nicht einer der Repräsentanten des anderen Deutschland, die im Namen der deutschen Opposition im Council einen bestimmten Prozentsatz der nichtnationalsozialistischen Deutschen vertreten wollten, Mitspieler oder auch nur Mitwisser des einzigen, bei allen Schwächen groß angelegten Versuches waren, die Hitlerherrschaft zu stürzen, raubte im Grunde jeder im Namen der deutschen Widerstandsbewegung sprechenden „Auslandsvertretung“ die moralische und politische Legitimation.

Die Mehrheit des Councils begriff das nicht. Man übernahm die Legende von der „Junker-Revolution“, welche Goebbels erfunden und die amerikanische Presse weiterverbreitet hatte. Man verkündete, sich selbst hypnotisierend, noch im Januar 1945, daß „steigende Massen des deutschen Volkes sich dem Nazi-Einfluß entziehen“ und „kein Zweifel daran bestehen kann, daß in vielen Fällen der Einfluß der organisierten Illegalität in Handlungen einer heroischen Minderheit sichtbar wird“. <sup>44</sup> Das erste war gewiß richtig; das zweite aber konnte sich nach dem 20. Juli allenfalls auf KP-Gruppen beziehen, die in der Tat weiterarbeiteten — ohne die geringste Chance, Hitler zu stürzen. Auch der Council hatte mit dem 20. Juli jeden — etwaigen — Wert als „Partner“ für das kriegführende Ausland ebenso verloren wie die Legitimation, für die deutsche Opposition zu sprechen. Proteste einzulegen und Anregungen zu geben, war nur noch aus eigener Verantwortlichkeit für einzelne möglich.

Die Geschichte des „Council for a Democratic Germany“ in New York lehrt, daß eine Opposition, die, ohne eine ihr Land verlassende legitime Regierung zu besitzen, einem diktatorischen Regime aus dem Exil entgegentreten will, nur dann eine Chance hat, im Ausland gehört zu werden, wenn sie reale, bündnisfähige Kräfte repräsentiert. <sup>45</sup> Ist, zumal nach einer lange währenden Emigrationsperiode, der Kontakt zwischen innerem Widerstand und Exil gerissen, so hören die Exilierten irgendwann am „Tag danach“, was in der Heimat vor sich geht. <sup>46</sup> Sie werden womöglich gar ein Teil des Propaganda- oder Nachrichtenapparats der andern Mächte. Daß die Mehrheit des Council statt dessen die Selbstauflösung wählte, spricht nicht nur für seine Integrität, sondern auch für politische Einsicht.

<sup>44</sup> „Bulletin of the Council for a Democratic Germany“, I, 3. Januar 1945.

<sup>45</sup> General de Gaulles Memoiren zeigen, mit welcher Zähigkeit der Repräsentant der französischen Resistance auf Unabhängigkeit bestand und sie bis zu einem gewissen Grade sicherte: er sprach für bewaffnete Verbände.

<sup>46</sup> Der Herausgeber der von Perón unterdrückten weltweit bekannten argentinischen Zeitung „Prensa“ erfuhr erst aus der Zeitung von dem geglückten Staatsstreich gegen die Diktatur, obwohl er als Symbol des „anderen Argentinien“ galt.